

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 27. August 2003

Braucht Europa eine Steuer?

Neue Veröffentlichung der Stiftung Marktwirtschaft

Eine eigenständige Steuererhebungskompetenz für die EU wäre der falsche Weg, die europäische Finanzverfassung zu reformieren. Zu diesem Ergebnis kommt die Stiftung Marktwirtschaft in ihrer jüngsten Veröffentlichung „Wege zur europäischen Verfassung III: „Braucht Europa eine Steuer?“. Angesichts der institutionellen Defizite in den europäischen Entscheidungsmechanismen würde eine eigene EU-Steuer nicht zu einer effizienteren Mittelverwendung auf europäischer Ebene führen, sondern die steuerliche Gesamtbelastung der Bürger erhöhen. Statt dessen sollte das reformbedürftige Eigenmittelsystem weiterentwickelt und für die Bürger transparent gemacht werden.

Gegenwärtig finanziert sich die Europäische Union durch das sogenannte Eigenmittelsystem. Neben Zöllen für Importe aus Drittstaaten stellen Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten auf Basis einer statistisch harmonisierten Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage sowie des Bruttonationaleinkommens (BNE) die Haupteinnahmequellen dar. Diese werden aus den allgemeinen Haushaltsmitteln der Mitgliedstaaten finanziert. Kaum ein Bürger weiß daher, welche Kosten die Europäische Union jedes Jahr verursacht und welche finanzielle Belastung daraus für ihn resultiert. Eine rationale Bewertung der europäischen Politik auf der Basis von individuellen Kosten-Nutzen-Vergleichen durch die Wähler kann nicht stattfinden.

Statt dessen steht die sogenannte „Nettozahlerposition“ einzelner Mitgliedstaaten regelmäßig im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Doch staatliche Nettozahlerpositionen sind aufgrund willkürlicher Berechnungsverfahren und Interpretationsmöglichkeiten kaum aussagekräftig. Vor allem aber lassen sie vollständig außer acht, daß der überwiegende Teil der europäischen Ausgaben nur einem sehr geringen Teil der Bevölkerung zugute kommt: rund 80 % der Ausgaben entfallen auf die Strukturfonds und die Subventionierung der Landwirtschaft. Die Nettozahlerposition eines Landes sagt daher nichts über die Kosten-Nutzen-Wirkungen auf die einzelnen Bürger aus. Deshalb wird immer wieder – insbesondere vom Europäischen Parlament und der Kommission – gefordert, die Finanzbeiträge des Eigenmittelsystems durch eine eigene EU-Steuer zu ersetzen.

„Eine eigenständige Steuererhebungskompetenz der EU würde jedoch mehr Probleme schaffen als sie löst“, stellen die Autoren der Studie, Guido Raddatz und Gerhard Schick, fest. „Zum einen sind alle potentiell möglichen Ausgestaltungsformen einer EU-Steuer mit gravierenden Problemen behaftet. Zum anderen würde eine EU-Steuer aller Wahrscheinlichkeit nach die Gesamtsteuerbelastung der Bürger erhöhen“, so die Autoren. Denn die Mitgliedstaaten würden angesichts ihrer notorisch angespannten Haushaltslage die Entlastung ihrer Budgets kaum an die Bürger weitergeben. Vor allem aber sind die europäischen Entscheidungsmechanismen nicht dazu geeignet, eine effiziente Ausgabenpolitik und Mittelverwendung auf europäischer Ebene zu garantieren. Dafür sind die Kontrollmöglichkeiten der europäischen Politik durch die Wähler schlicht zu gering. Zudem entfielen das bisherige Interesse der nationalen Finanzminister an einer Begrenzung des EU-Budgets.

Als Alternative zu einer eigenständigen EU-Steuer schlägt die Stiftung Marktwirtschaft daher vor, daß die Mitgliedstaaten die schon bisher abzuführenden Finanzbeiträge individualisieren und explizit auf die Bürger umlegen. Dies könnte allein durch nationale Rechtsetzung erfolgen, etwa im Rahmen der Einkommen- oder Mehrwertsteuer. Der Vorteil: Die Bürger würden transparente Informationen über die Kosten der europäischen Politik erhalten, ohne daß es zu einer Steuererhöhung käme. Dann würden ihnen auch bewußt werden, daß sie pro Jahr durchschnittlich mehrere hundert Euro für europäische Politikmaßnahmen bezahlen, die nicht ihnen, sondern vor allem den Landwirten und anderen ausgewählten Interessengruppen zugute kommen. Vielleicht wäre das der Anfang für eine effizientere europäische Politik.

(100 Zeilen à 40 Anschläge)

Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.):

Wege zur europäischen Verfassung III: Braucht Europa eine Steuer? – Zur Reform der EU-Finanzverfassung

Autoren: Guido Raddatz und Gerhard Schick

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Heft 77, August 2003, 12 Seiten.

<http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/user/11094/publi/argument77.pdf>

Ihr Ansprechpartner:

Dr. Guido Raddatz
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-32
Fax: (030) 206057-57
Email: raddatz@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de